



Menschenrechtssituation

► Nach vierjährigen Verhandlungen wurde 2016 ein Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerillabewegung FARC unterzeichnet. Dieser historische Schritt weckte Hoffnungen auf einen dauerhaften Frieden im Land.

Trotz der Friedensprozesse ist politisch motivierte Gewalt in großen Teilen Kolumbiens weiterhin allgegenwärtig. Betroffen sind vor allem die ländliche Bevölkerung, vor allem Indigene und Afrokolumbianer_innen. Sie müssen die Vertreibung von ihrem Land durch Bandenkriminalität und transnational agierende Konzerne weiterhin fürchten. Durch diese Problematik ist Kolumbien das Land mit den meisten internen Vertriebenen weltweit.

Menschen, die sich gegen diese Vertreibungen und die herrschende Straflosigkeit wehren, werden häufig selbst Opfer von Bedrohungen, willkürlichen Verhaftungen und Ermordungen. Die Verantwortlichen dieser Verbrechen werden dafür allerdings nur selten zur Rechenschaft gezogen.

Erschwerend kommt hinzu, dass der kolumbianische Staat seine Verpflichtung, die Menschenrechte zu wahren und ihnen zur Durchsetzung zu verhelfen, vernachlässigt. Im November 2019 kam es zu einem mehrtägigen Generalstreik, in dem hunderttausende Menschen ihre Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierung manifestierten. Zu den Motiven der Proteste zählten die Nichteinhaltung des Friedensabkommens mit der FARC und die hohen Zahlen von Ermordungen sozialer Aktivist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen.

Somit ist Kolumbien, trotz der laufenden Friedensprozesse, von einem gerechten und sozialen Frieden nach wie vor weit entfernt.

Impressum

- **Herausgeber:** peace brigades international – Deutscher Zweig e.V., Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg
Tel. 040/38 90 437-0 | Fax 040/38 90 437-29
www.pbi-deutschland.de | info@pbi-deutschland.de
- **Redaktion und Text:** Christina Gerdts, Alexander Weber, Stefan Eikenbusch (V.i.S.d.P.)
- **Bilder, Bildbearbeitung:** pbi, Julian Montoni, Leo Villamizar, Gabriele Goschke
- **Stand:** März 2020

Aktiv werden!

► Ihre Unterstützung ermöglicht es uns bedrohte Menschenrechtsverteidiger_innen in Kolumbien und anderen Ländern zu schützen!

Eine große Hilfe ist es, wenn Sie in ihrem **Freundes- und Bekanntenkreis von unserer Arbeit erzählen**. Sie können uns auch unterstützen, indem Sie:

- in einer unserer Arbeits- oder Regionalgruppen mitarbeiten,
- bei einem Geburtstag statt um Geschenke um Spenden für pbi bitten,
- eine Veranstaltung von pbi besuchen oder eine_n unserer Referent_innen zu einem Vortrag einladen,
- uns weiterhin mit einer Spende unterstützen
- oder Ihre Kirchengemeinde um eine Kollekte für pbi bitten.

Spendenkonto GLS Bank
IBAN: DE14 4306 0967 2020 4060 00
BIC: GENODEM1GLS
Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar.

**Unterstützen Sie durch Ihre Spende
verlässlich die Begleitung der
Menschenrechtsverteidiger_innen durch pbi!**

**Vielen Dank
für Ihre Unterstützung!**

peace brigades international

Das Kolumbienprojekt



**Menschenrechtsverteidiger_innen
brauchen Ihre Unterstützung!**



► Die pbi-Freiwillige Christina Gerdts mit Carolina Cassama (Friedensgemeinde in Alto Guayabal)

Das pbi-Kolumbienprojekt

► Im Jahre 1993 erhielt pbi vermehrt Anfragen aus Kolumbien und prüfte daraufhin, ob das pbi-Konzept der Schutzbegleitung im Land durchführbar sei. Trotz der Komplexität des bewaffneten Konflikts und den großen regionalen Unterschieden entschied sich pbi 1994, die Arbeit im Andenstaat aufzunehmen.

Zurzeit ist pbi in drei der konfliktreichsten Regionen Kolumbiens tätig - in Bogotá, Magdalena Medio und Urabá - und begleitet Einzelpersonen, Friedensgemeinden und lokale Organisationen. Zudem bietet pbi Workshops zur psychosozialen Gesundheit der Menschenrechtsverteidiger_innen an.

Das Projekt im Überblick

- **Team:** 21 Freiwillige und 4 ZFD-Fachkräfte
- **Standorte:** Bogotá, Apartadó (Urabá), Barrancabermeja (Magdalena Medio)
- **Koordination:** ca. 10 Mitarbeiter_innen in Bogotá, Washington und Brüssel

Begleitete Organisationen

► Die von pbi begleiteten Organisationen in Kolumbien arbeiten vorwiegend zu den folgenden Themen: Landrechte, Straflosigkeit sowie Wirtschaft und Menschenrechtsverletzungen.

Exemplarisch werden im Folgenden drei von pbi begleitete Organisation vorgestellt.

► Friedensgemeinde San José de Apartadó

Die Friedensgemeinde San José de Apartadó, in Urabá im Nordosten des Landes, steht seit Jahren zwischen den bewaffneten Konfliktparteien – Paramilitärs, Guerrillagruppen und der kolumbianischen Armee.

Die Gemeinde weigert sich jedoch beharrlich für einen der Akteure Partei zu ergreifen, sowie sich aus der Region vertreiben zu lassen und kämpft mit gewaltfreien Mitteln für ein Leben in Frieden. Zusammen mit anderen bedrohten Gemeinden gründeten sie die Universidad Campesina, um die Relevanz von stetigen Widerstand zu demonstrieren und ihr Wissen untereinander auszutauschen. German Graciano Posso, Sprecher der Friedensgemeinde, hat 2018 den kolumbianischen Menschenrechtspreis in der Kategorie Menschenrechtsverteidiger des Jahres gewonnen. Infolge konstanter Bedrohungen und Ermordungen ihrer Mitglieder begleitet pbi die Gemeinde seit 1999.



► pbi-Freiwillige mit Mitgliedern der Friedensgemeinde San José de Apartadó



► pbi-Freiwillige beobachten eine Demonstration

► NOMADESC

Der Verein für soziale Forschung und Aktion (NOMADESC) hat seinen Sitz in Cali, der Hauptstadt des Departamentos Valle del Cauca, im Westen Kolumbiens. Der Verein begleitet soziale, gewerkschaftliche und indigene Organisationen bei ihrer Arbeit und berät sie unter anderem in juristischen Fragen.

Darüber hinaus analysiert die Organisation Auswirkungen wirtschaftlicher Großprojekte auf die Umwelt und Bevölkerung. Dabei deckt sie immer wieder Menschenrechtsverletzungen aufgrund von wirtschaftlichen Interessen auf und macht diese öffentlich.

► Kommission für Gerechtigkeit u. Frieden

Die Ökumenische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (CIJP) setzt sich für die Rechte der afrokolumbianischen, kleinbäuerlichen und indigenen Gemeinschaften ein, die während des bewaffneten Konflikts von ihrem Land vertrieben wurden. CIJP berät sie in juristischen und pädagogischen Fragen, bietet ihnen psychologischen Beistand an und unterstützt sie dabei, wieder auf ihr Land zurückzukehren. Aufgrund mehrfacher Aggressionen und Drohungen gegenüber Mitgliedern der Kommission wird CIJP seit 1994 von pbi begleitet.